

Schröder gerät beim Thema Zuwanderung unter Zugzwang

Experte: Zeit für Gesetz wird zu knapp

Von unserem
Redaktionsmitglied
Claudia Kramer-Santel

Münster. Pech für den Kanzler: Sollte Schröder angepeilt haben, das sensible Thema Zuwanderung in einer Kommission zu verstecken, damit unsichtbar zu machen, ist ihm dies gründlich missglückt. Seit September arbeitet die von Innenminister Schily eingesetzte Süßmuth-Kommission an einer Konzeption der Zuwanderungspolitik. Im Sommer sollen die Empfehlungen auf dem Tisch liegen. Doch von Ruhe keine Spur. Stattdessen setzen immer neue Debatten die rot-grüne Regierung zunehmend unter Zugzwang – Beispiele sind die Themen Leitkultur, Fachkräftebedarf und Integration.

Am Wochenende neue Verwirrungen: Die innenpolitischen Experten von SPD und Grünen, Dieter Wiefelspütz und Cem Özdemir, stellten ultimativ fest: Für ein Einwanderungsgesetz wird in dieser Legislaturperiode die Zeit zu eng. Tags darauf heißt es relativierend aus dem Innenministerium, dass es bis zur Wahl ein Zuwanderungskonzept geben wird, ob durch Gesetz oder Verordnungen umgesetzt, sei noch offen. Für den Osnabrücker Migrationsforscher Klaus Bade steht fest:

Özdemir und Wiefelspütz wurden vorgeschickt, um herauszufinden, wie die Opposition auf einen Kursschwenk hin zu einer „kleinen Lösung“ der Zuwanderungsfrage reagiert.

Wie erwartet pochen CDU, CSU und FDP auf ein Gesetz – zu Recht, wie Bade meint. „Durch Rechtsvorschriften allein wird man der wichtigen Bedeutung der Einwanderungssteuerung nicht gerecht“ erklärt er. Doch für Schröder ist entscheidend, das Thema Einwanderung auf jeden Fall aus dem Wahlkampfjahr 2001 herauszuhalten. Deshalb wird der Zeitrahmen für eine umfassende Lösung für ihn eng – zumal unklar ist, wie die Regierung mit den endgültigen Ergebnissen der Kommission überhaupt umgehen wird.

Eine 1:1-Übernahme des Berichts ist nicht zwangsläufig zu erwarten. Beratungsbedarf ist da – bis endgültige Klarheit herrscht, wird weitere Zeit vergehen. Harte Debatten sind programmiert, denn die CDU hat eine eigene, vom saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller geleitete Einwanderungskommission, will auf jeden Fall ihr Konzept für die parlamentarische Diskussion beisteuern.

Der Kanzler fürchtet aber vor allem, die Union könnte ihn mit der Debatte um ein Einwanderungsgesetz aufs



Asylsuchende auf dem Flughafen: Die Union pocht auf ein Einwanderungsgesetz noch in dieser Legislaturperiode.

Glatteis locken. Die Gemengelage ist für Bade klar: „Schröder ist ein Getriebener des Themas, eigentlich will er es nicht vorantreiben“, meint er. Dabei fehlt seiner Auffassung nach nicht nur die legislative Steuerung der Einwanderung, sondern auch ihre institutionelle Neukonzeption – sprich ein Bundesamt für Migration und Integration.

Alles läuft nun auf ein eilig zusammengestricktes, so genanntes Artikelgesetz hinaus,

das die Fülle bereits bestehender Verordnungen und Gesetze zusammenfassen soll. „Optische Täuschung unterhalb eines wirklichen Einwanderungsgesetzes“, bewertet Bade diese mögliche Lösung kritisch. Das Thema einfach unter den Teppich zu kehren, sei falsch. „Die Bevölkerung will die Zuwanderung geregelt haben – und eine Diskussion darüber. Es sind viele Fragen gestellt worden, aber die Antworten stehen aus.“

Westfälische Nachrichten 2.2.2001